

## Pressemitteilung

### **Bauindustrie Hessen zu der aktuellen Situation: „Preisgleitung muss sofort kommen!“**

Wiesbaden, 25.03.2022

Auch im Internet abrufbar: [www.bauindustrie-mitte.de](http://www.bauindustrie-mitte.de)

Im hessischen Bauhauptgewerbe betrug der Auftragseingang im Januar dieses Jahres 372 Mio. €, das sind 22,4 Prozent mehr als im Januar 2021, der Umsatz betrug 280 Mio. €, das sind im Vergleich mit dem Vorjahresmonat 13,6 Prozent mehr.

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe blieb in Hessen mit 35.692 (minus 0,2 Prozent) beinahe konstant im Vergleich mit dem Januar 2021. Die Angaben beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes und gelten für Baubetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. „Der Bau in Hessen ist zwar gut in das Jahr gestartet, aber diese Zahlen sind wenig aussagefähig, da durch die pandemische Lage und das günstigere Bauwetter andere Rahmenbedingungen herrschten. Der Krieg in der Ukraine hat die Situation extrem verschlechtert, ältere negative Entwicklungen wie der Preisanstieg der Baustoffe und die sich öffnende Schwere zwischen Aufträgen und Umsätzen haben sich rasant beschleunigt“, kommentiert Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen, die gerade veröffentlichten Konjunkturindikatoren für den Monat Januar 2022. „Die Baubranche steht bereits seit einiger Zeit enorm unter Druck. Die Auswirkungen des Krieges werden nun auf geradezu dramatische Weise sichtbar. Die Verknappung auf den Rohstoffmärkten treibt die Preise für Konstruktionsstahl, Bitumen und Asphalt, aber

auch Spundwände, Rohre, Aluminium, Kupfer in die Höhe. Die Lieferung vieler notwendiger Materialien ist nicht mehr gewährleistet. Steigende Dieselpreise machen seriöse Kalkulationen zudem unmöglich. Die Zulieferer der Bauwirtschaft geben ihre Produkte zu Tagespreisen an die Bauunternehmen ab. Das macht es für die Firmen fast unmöglich, überhaupt Angebote abzugeben. Und auch laufende Bauprojekte sind betroffen. Es kommt zu Bauverzögerungen, Baustopps auch in Hessen sind absehbar. Es drohen Kurzarbeit und Insolvenzen. Jetzt sind pragmatische, vor allem sehr schnelle Lösungen gefordert. Wir erwarten, dass die angekündigten Erlasse der Bundesregierung zur Preisgleitung umgehend kommen und dann durchgängig auch vom Land und in den Kommunen angewandt werden“, fordert Dr. Burkhard Siebert.